
WOLFGANG BIEDERMANN

Zur Finanzierung der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Mitte der 20er bis zur Mitte der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts

Diese Studie soll einen Beitrag zur Geschichte der Wissenschaftsfinanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen am Beispiel der Kaiser-Wilhelm-Institute¹ für Chemie sowie physikalische Chemie und Elektrochemie leisten. Bereits vorliegende Arbeiten, wie die von P.-Ch. Witt, behandelten Fragen der Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ohne jedoch die Institute zu berücksichtigen. Andere Autoren, wie J. Harwood oder B. Weiss untersuchten vorangehend Finanzierungsquellen für bestimmte Forschungsvorhaben an den Kaiser-Wilhelm-Instituten. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt existieren noch keine genaueren Untersuchungen zur Förderung einzelner Wissenschaftseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.²

Die Rekonstruktion der Wissenschaftsförderung an den oben erwähnten Institutionen basiert auf den Quellen der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft. Für diese beiden Einrichtungen liegen zahlreiche aussagefähige Quellen über einen längeren Zeitraum vor: Bilanzen in unterschiedlichen Formen und Bezeichnungen, Berichte zum Jahresabschluss (Geschäftsjahr) und die dazugehörigen Einnahmen- und Ausgabenrechnungen einschließlich der Vermögensübersichten.

Zunächst ist es die allgemeine Absicht, die Forschungssituation unter dem Gesichtspunkt ihrer finanziellen Einnahmen (Ausgaben) zu rekonstruieren. Der Begriff der Einnahmen bedarf einer weiteren Differenzierung. Dieser beschreibt nur den entsprechenden bilanzierten Geldfluss, jedoch nicht die Gesamtfinanzierung des Instituts. Der im Text verwendete Ausdruck Gesamtfinanzierung bezeichnet demnach die bilanzierten Einnahmen zuzüglich jener zur Verfügung gestellten Geldmittel, die außerhalb der Institutsabrechnungen nachweisbar wa-

1 Im weiteren mit KWI bezeichnet.

2 Im weiteren mit KWG abgekürzt.

ren.³ Dies betraf im größeren Rahmen, und nach bisheriger Kenntnis der Dinge, vor allem das öffentlich finanzierte Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie. In einem weiteren Schritt werden die Ausgaben, semantisch interpretiert als Sach- und Personalkosten, genauer bestimmt. Der zu verfolgende Sinn besteht in der Berechnung des Verhältnisses⁴ von Sach- zum Personaletat. Hieraus erfolgt ein Quotient, der für diesen historischen Zeitabschnitt als komparative Größe mit ähnlich gelagerten außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Ausland dienen soll.⁵ Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie, F. Haber, formulierte in diesem Zusammenhang am 14. Juni 1929 in einem Schreiben an die Generalverwaltung der KWG:

„Die Deutschen Hochschul institute sind aber auch nicht die Vergleichsstelle. Diese ist durch die amerikanischen und die russischen Forschungsinstitute gegeben. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft erwartet von den großen Dahlemer Instituten fachlich eine führende Stellung, die in der ganzen Welt anerkannt wird und im Wettbewerbe mit den großen Instituten in den Vereinigten Staaten und in Russland aufrechterhalten werden muß. Diese amerikanischen und russischen Institute sind mit Etats ausgerüstet, die auf die gleiche Kopfzahl der beschäftigten Gelehrten umgerechnet, das Vielfache des beantragten Etats von 1930/31 ausmachen.“⁶

Entsprechend dieser Diktion ist der zu ermittelnde Quotient ein Indikator für den sachkostenintensiven Forschungsbetrieb. Demzufolge soll diese Analyse auch zeigen, ob in dem untersuchten Zeitraum Veränderungen im Verhältnis Sach- zum Personaletat eingetreten waren.

Obschon für das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie bilanzierte Zahlungsströme ab dem Jahr 1919, im Gegensatz zum KWI für Chemie vorliegen, hatte sich der Verfasser entschlossen, erst ab Mitte der 1920er Jahre mit der Rekonstruktion der Wissenschaftsfinanzierung zu beginnen. Ein wesentlicher Gesichtspunkt hierfür war die Möglichkeit einer lückenlosen Darstellung der jährlichen Etats an beiden Instituten.

- 3 So wurden die Zuwendungen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ab dem Rechnungsjahr 1930 generell nicht mehr bilanziert. Das KWI für Chemie erhielt in jenem Jahr beispielsweise einen Zuschuss von 500 RM für bauliche Zwecke.
- 4 Es ergibt sich notwendigerweise eine Unschärfe hinsichtlich des Verwendungszweckes der nichtbilanzierten Geldsummen. Der größte Teil dürfte jedoch für Personalkosten verwendet worden sein.
- 5 Parthey, H., Quantitative Methoden bei der historischen Analyse von Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Instituten. - In: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Hrsg. B. vom Brocke / H. Laitko. Berlin - New York: de Gruyter 1996. S. 508.
- 6 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A Nr. 1180, Bl. 120.

Methodisches Vorgehen

Der Sach- und der Personaletat bedurfte zunächst einer einheitlichen Bestimmung. Sie ergab sich primär aus den unterschiedlichen Darstellungsweisen der bilanzierten Zahlungsströme an den Instituten. Der Rechnungsabschluss und/oder die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) beispielsweise waren in Kontenform mit einem feinerem oder gröberem Raster versehen. Vom KWI für Chemie wiederum liegen teilweise auch formlose Bilanzen vor, die Bestandteile des Berichtes gegenüber dem Verwaltungsrat des Instituts waren. Bis zum Zeitpunkt der Einführung des verbindlich gewordenen Bilanzierungsschemas mit der Bezeichnung Einnahmen- und Ausgabenrechnung im April 1930, zunächst konzipiert für die öffentlich finanzierten Institute, war nicht immer die exakte Zuordnung einzelner Kostenstellen⁷ oder Titel zum Sach- oder Personaletat zu verzeichnen. Demnach galt es, die neue und übersichtlich gehaltene Bilanzierungsvorschrift auf die davor liegenden Jahre anzuwenden.

Hieraus ergab sich teilweise ein etwas umfangreicherer Rechenaufwand. Nunmehr war in der weiteren Abfolge der Sachetat exakter zu bestimmen. Dieser hatte nur noch jene (laufenden) Kosten, die der Aufrechterhaltung des unmittelbaren Forschungsbetriebes dienten und demnach auch realiter zur durchgehenden Verfügung standen zum Inhalt. Hinzu kamen alle erfolgten Investitionen in das Anlagevermögen. Ausgenommen von dieser Angelegenheit wurden jedoch die Auslagen für die großen Neubauten an den Instituten. Dieser Sachetat wird demnach als *verkürzter Sachetat* bezeichnet. Hierin waren nunmehr nicht enthalten: die Abschreibungen, die Rückstellungen und/oder die Bildung von Rücklagen für spätere Investitionen, zu zahlende Zinsen für Darlehen, verschiedene Geldanlagen, Kursverlust auf Wertpapiere sowie die Umsatzsteuer. Zu den Abschreibungen ist nachzutragen, dass der Abschreibungsaufwand von konjunktur- sowie steuerpolitischen Regelungen im Inland abhängig war und ist. Zum anderen unterlag der Abschreibungsaufwand jährlich starken Schwankungen, insbesondere beim Titel wissenschaftliches Inventar.⁸ Demnach dürften die Abschreibungen

7 Vor allem die Titel Versicherungen (Personal- und Sachversicherungen) und Reisekosten. Hier verbargen sich grundsätzlich die Bemühungen, das Rechnungswesen analog dem gewerblichen Bereich zu vereinheitlichen. In den 1920ern verwiesen die Arbeiten der VDMA (Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten) u. a., jedoch ebenfalls wissenschaftliche Beiträge wie der „Kontenrahmen“ von E. Schmalenbach (1927) auf jene Bestrebungen. Ab 1933 wurde diese Vereinheitlichung im Interesse der straff organisierten Wirtschaftslenkung durch die National-Sozialisten weiter vorangetrieben und gefördert.

8 Hingegen beim Titel B 8a (Bibliothek) der Abschreibungsaufwand in der Regel konstant 5 - 6 v. H. betragen hatte.

international kaum vergleichbar sein. Für die Rücklagen oder Fonds, die späteren Sachinvestitionen dienten, galt das Verfahren, dass die entsprechenden Beiträge zu den bilanzierten Sachkosten hinzugefügt wurden, wenn Zugänge aus diesen Fonds zu verzeichnen waren. Sie waren in diesem Sinne lediglich zeitlich verschobene Sachausgaben.

Hingegen ist der Personaletat keinen Einschränkungen unterworfen worden. Neben den Gehältern und Löhnen gehören hierzu die Personalversicherungen, eventuelle Zulagen oder Sonderabgaben. Die Besonderheit des neuen Bilanzierungsschemas bestand im allgemeinen einschließlich dem Jahr 1932 darin, dass diese bei den Sachkosten nur die laufenden Mittel des Instituts bilanzierte. Die Zugänge (Investitionen) zum Anlagevermögen, die abschreibungspflichtigen Sachwerte wie Gebäude, (wissenschaftliches) Inventar und Bibliothek wurden gesondert in einer Vermögensübersicht festgehalten. Dies hatte zur Folge, dass die in den Bilanzen ausgewiesenen Sachkosten als zu niedrig ausgewiesen worden sind. Alle Geldsummen liegen den damaligen laufenden Preisen in Reichsmark zugrunde. Zu den Beträgen in der Recheneinheit Reichsmark ein kurze Ergänzung: Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, dass nominell eine Reichsmark in den 1930er Jahren die Äquivalente (Güter, Dienstleistungen) anders repräsentierte als nominell eine Deutsche Mark gegenwärtig: Die Fahrt Erster Klasse mit der Reichsbahn über die Entfernung von 100 km kostete 8,70 RM oder: 63 v. H. der Einkommensbezieher verfügten über ein Gehalt/Lohn von bis zu 1.200 RM jährlich.

Anmerkung zum sozialökonomischen und gesellschaftspolitischen Hintergrund

Als die Weltwirtschaftskrise (1929 – 1933) auch Deutschland erfasste, verdüsterte sich die finanzielle Lage der Weimarer Republik sehr rasch. Der Beginn der schweren Depression im Jahre 1930 markierte zugleich einen Bruch in der Bereitstellung finanzieller Mittel. Die Einnahmen (Ausgaben) sowohl der öffentlich als auch der privat finanzierten Institute der KWG sanken stark. Im Jahr 1932/33 wurde der finanzielle Tiefpunkt erreicht. Ab Mitte der 1930er Jahre war ein allmählicher Anstieg der Ausgaben (Einnahmen) zu verzeichnen, wobei dennoch die Institute zu strikten Sparmaßnahmen angehalten worden waren.

Mit der Errichtung des NS-Regimes begann ein Zeitabschnitt, der als Primat der Politik gegenüber Wirtschaft und auch Wissenschaft zu beschreiben wäre. Insofern der Primat, indem die Wirtschaft und die Wissenschaft der Verwirklichung expansiver außenpolitischer Zielstellung (Volk ohne Raum) mittels Aufrüstung und Krieg, als deren integrale Bestandteile, untergeordnet wurden. Das Jahr 1933 stellt aber auch in anderer Hinsicht eine Zäsur dar. Ökonomisch deu-

tete sich die Wiederbelebung der Weltwirtschaft an. Die deutsche Wirtschaft gelangte im Vergleich zu anderen westlichen Staaten bereits im Jahr 1936 zur Vollbeschäftigung (lediglich 1,6 Millionen Arbeitslose). Eine in diesen Jahren bis dahin präzedenzlose aktive staatliche Konjunkturpolitik, Kreditausweitung und deficit spending⁹ führten zu einer überraschend schnellen Wirtschaftsbelebung, von der wiederum die Forschungseinrichtungen finanziell profitieren konnten.

Private und öffentliche Wissenschaftsförderung

Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. erfolgte unter dem Gesichtspunkt von privater und öffentlicher Wissenschaftsfinanzierung. „Eine Kooperation des Staates und privater, kapitalkräftiger und für die Wissenschaft interessierter Bürger ist ins Auge zu fassen. Denn in ihr allein ist die Zukunft der wissenschaftlichen Forschung nach der materiellen Seite hin sicher verbürgt.“¹⁰ Das ursprüngliche Ideal seitens des Wissenschaftsorganisations A. von Harnack bestand darin, dass die private und die öffentliche Hand zu gleichen Teilen finanzieren sollte: Gab die private Hand eine Million Mark, sollte der Staat den gleichen Anteil hinzufügen. In dieser Verbindung verwandte A. von Harnack den Begriff der Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft, der jedoch seitens des Fiskus anders interpretiert worden war. Diesen Gegebenheiten Rechnung tragend und der anfangs erwähnten Intention folgend, formulierte nunmehr A. von Harnack zu diesem Thema am 20. November 1911 an den Kaiser, „...daß die zu stiftende Gesellschaft ihren Aufgaben in dreifach verschiedener Weise werde entsprechen müssen: (1) durch solche Forschungsinstitute, die sie wesentlich *allein* begründet, (2) durch solche Forschungsinstitute, die sie in Gemeinsamkeit mit anderen, sei es mit großen wissenschaftlichen Privatgesellschaften, *sei es mit dem Staate*, stiftet *und* unterhält, (3) durch die Unterstützung bedeutender Forscher, damit sie gegebenenfalls ihre ganze Zeit auf Monate oder länger einer großen Aufgabe widmen können.“¹¹ Beide Institute sind in die Kategorie (2) einzuordnen. Das Institut für physikalische Chemie erblickte als private (L. Koppel) und öffentliche Stiftung (Preußischer Staat) das Licht der Welt und bezeichnete im Harnackschen Sinne die Zusammenarbeit privater und öf-

9 Eine Methode der Vorfinanzierung seitens des Staates. Das entstandene Defizit im Staatshaushalt wurde durch spätere Steuereinnahmen kompensiert. In der Tat stiegen die Abgaben an und ab den 01. September 1937 wurde als neue Steuer die Wehrsteuer erhoben.

10 Zitat in: 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911-1961. Beiträge und Dokumente. Hrsg. von der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., Göttingen 1961, S. 56.

11 Ebenda, S. 143.

fentlicher Geldgeber. Im Ordinarium waren vorerst per anno 50.000 M vorgesehen, wovon 15.000 M Gehalt für den Institutsdirektor reserviert waren. Das Institut erhielt jährlich bis 1922 (Geschäftsjahr)¹² von der Koppel-Stiftung und vom Staat jeweils einen Zuschuss von 35.000 M für die laufenden Betriebskosten. Ab dem Geschäftsjahr 1923 wurde jedoch der Koppel-Zuschuss nicht mehr bilanziert.¹³ Hingegen trat dann als wichtigster Geldgeber die *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft z. F. d. Wissenschaften*, so der Titel, in Erscheinung. Verborgenermaßen durfte sich dahinter jedoch das Reich und der Staat Preußen, wie dann auch in den Bilanzen ab 1933 *expressis verbis* ausgewiesen. Ab 1923 bleibt zu konstatieren, dass sich die finanzielle Kooperation an diesem Institut zugunsten der öffentlichen Hand (Staat) entwickelt hatte. Oder anders formuliert, die private Hand war nur noch mit einem Anteil von rund 10 v. H im rekonstruierten Zeitraum beteiligt.

Die Übernahme eines großen Teils der Betriebskosten, hier laufende Sachkosten und Gehalt für den Institutsleiter durch den Staat, hatte anfänglich einen weiteren positiven Nebeneffekt: „Durch die Bewilligung eines laufenden Staatszuschusses für das Chemisch-Physikalische Institut ist auch das Chemische Institut von der Fürsorge für dieses Forschungsgebiet entlastet worden.“¹⁴ Ursprünglich wurden physikalische Chemie und Elektrochemie als Abteilungen („Glieder“) des Chemischen Instituts konzipiert. Der Verein Chemische Reichsanstalt, gegründet 1908, der als Träger des Chemischen Instituts agierte, war einer der Nutznießer. Zu einem Drittel der Betriebskosten oder der laufenden Ausgaben enthoben, konnten diese Einsparungen dem Institut für Chemie anderweitig zugute kommen. Obwohl eine reine private Stiftung, der Verein Chemische Reichsanstalt (Vorsitz E. Fischer) hatte für das Stiftungsvermögen der KWG einmalig eine Million Mark aufgebracht und für die nächsten Jahre laufende Beiträge in Höhe von 60.000 M zugesichert, ist es ebenfalls in die Kategorie (2) einzuordnen. Wenigstens ab dem Jahr 1924 war ein Zuschuss seitens des Staates oder aus dem Privatvermögen der KWG nachweisbar. Das Institut blieb eine rein private Stiftung. Grundsätzlich finanziert wurde es nach dem Ersten Weltkrieg durch die Emil-Fischer-Gesellschaft zu Förderung der chemischen Forschung e. V. (1919).¹⁵

12 Im Rechnungswesen der KWG begann das Geschäftsjahr jeweils zum 01. April und endete am 31. März des darauffolgenden Jahres.

13 Siehe hierzu im Abschnitt Gesamtfinanzierung KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie und auch Passage Kapitalanlage/Haber-Fonds.

14 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, a.a.O., S. 153.

Die Gesamtfinanzierung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie

Zur Struktur des Instituts: Das KWI für Chemie bestand zeitweilig aus drei Abteilungen¹⁶, die jeweils über einen eigenen, das heißt separaten Sachetat verfügten:

- Abteilung A. Stock¹⁷ (anorganische Chemie, bis 1926)
- Abteilung O. Hahn / L. Meitner (Radiochemie/Radiophysik), ab 1939 Abt. Laboratorien
- Abteilung K. Hess (Zelluloseforschung, bis 1930)¹⁸

Der Abteilungssachetat von O. Hahn / L. Meitner wurde einschließlich dem Jahr 1927 mit 8.000 RM und in den Jahren 1928 - 1938 mit 11.000 RM (jeweils 5.500 RM) angegeben.¹⁹ Dieser bezog sich nicht auf die sogenannten Generalunkosten, auch bezeichnet als allgemeiner Sachetat, wie Wasser, Elektroenergie, Gas, Heizung, Verwaltungskosten und dergleichen mehr. Der Abteilungssachetat beinhaltete vergleichsweise die Anschaffung von Chemikalien und Apparaturen, aber auch die Kosten der Instandhaltung des wissenschaftlichen Inventars. Die Forschungsgebiete der Abteilung O. Hahn / L. Meitner, an diesem Ort mit den damals gebräuchlichen Begriffen Radiochemie und Radiophysik beschrieben, verweisen auf eine Besonderheit des Instituts. Der Vorsitzende des Kuratoriums des KWI für Chemie, C. Duisberg, betonte diese Eigentümlichkeit auf der Kuratoriumssitzung 1926 ausdrücklich: „... dass im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie nur reine Forschungsarbeit geleistet werden soll unabhängig von der Aussicht auf technisch verwertbare Ergebnisse.“²⁰ Die „reine“ Forschungsarbeit (Grundlagen-

15 C. Duisberg (Bayer, Leverkusen) war zu diesem Zeitpunkt der Vorsitzende und wohl auch der Schöpfer dieser Gesellschaft. Am 30. Dezember 1921 wurde zwischen der Emil-Fischer-Gesellschaft (A. von Weinberg) und der Generalverwaltung der KWG (A. von Harnack) ein Vertrag zur Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie unterzeichnet.

16 H. Kant, Max-Planck Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin, hatte in seinem Vortrag „Vom KWI für Chemie zum KWI für Radioaktivität: Die Abteilung(en) Hahn/Meitner am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie“, in: Dahlemer Archivgespräche, Bd. 8 (im Druck) diesen Übergang ab 1925/1926 konstatiert. Das Institut wurde dann ab 1931 nur noch durch diese Abteilung(en) repräsentiert.

17 A. Stock wurde zum Ordinarius und Direktor des chemischen Instituts der TH Karlsruhe berufen (ab 01. Oktober 1926 figurierte O. Hahn zunächst ad interim als Institutsdirektor). Die Emil-Fischer-Gesellschaft förderte, entsprechend ihrer Satzung, weiterhin die Forschung von A. Stock in den Jahren 1927 und 1928 mit jeweils 10.000 RM.

18 K. Hess und seine Mitarbeiter schieden zum 31. Dezember 1930 aus dem Personaletat des Instituts aus. Das Institut hatte für das Jahr 1931 nur noch die Sozialversicherungsbeiträge dieser Abteilung zu tragen. Die Personalkosten und den Abteilungssachetat von K. Hess übernahm die I. G. Farbenindustrie AG nunmehr direkt. Diese „Gastabteilung“ war mindestens bis einschließlich 1942 am Institut tätig und zehrte vom allgemeinen Sachetat.

19 Im Jahr 1912 betrug der Sach- und Personaletat jeweils ganze 1.000 M.

forschung) war ja bereits das Anliegen der Förderer der geplanten „Chemischen Reichsanstalt“, vor allem aus den Kreisen der Anilinproduktion. C. Duisberg, Vertreter der I. G. Farbenindustrie AG (im weiteren I. G. Farben) war, wie zuvor erwähnt, zugleich Mitglied der Emil-Fischer-Gesellschaft zur Förderung der chemischen Forschung e.V. Diese Gesellschaft figurierte als finanzielle Schnittstelle oder als Verteiler zwischen den privaten Geldgebern und den zu fördernden Forschungseinrichtungen. Abgesehen von der I. G. Farben, waren folgende namhafte Unternehmen der Chemiebranche Vereinsmitglieder: die Rütgerswerke AG, die Duisburger Kupferhütte, die Schering AG und die Deutschen Solvay-Werke. Neben dem KWI für Chemie sollten das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie sowie entsprechende Hochschulen finanziell durch die Beiträge der Vereinsmitglieder gefördert werden. Der absolut größte Anteil der Mitgliedsbeiträge dürfte jedoch durch die I. G. Farben aufgebracht worden sein. In der Konsequenz bedeutete dies entsprechend dem Stimmrecht laut Vereinssatzung (§ 7)²¹, dass die Vertreter der I. G. Farben in der Hauptversammlung die Majorität besaßen und hiernach über die Verwendung der Beiträge bestimmten. Des Weiteren sprechen die personellen Besetzungen in den Leitungsgremien für diese Annahme. Der Vorsitz des Vorstandes der Emil-Fischer-Gesellschaft wurde jeweils durch einen Repräsentanten der I. G. Farben gestellt. Weitere Mitglieder der Emil-Fischer-Gesellschaft, die diesem Konzern zuzuordnen und in Beziehung zum KWI für Chemie standen, waren die Herren C. Bosch, F. Oppenheim²² und A. von Weinberg.²³ Letzterer figurierte bis Mitte der 1930er als Vorstandsvorsitzender der Emil-Fischer-Gesellschaft.²⁴ A. von Weinberg trat die Nachfolge von F. Oppenheim an und war somit gleichzeitig zum Mitglied des Verwaltungsausschusses an diesem Institut avanciert. Als Vorsitzender des Kuratoriums des KWI für Chemie beeinflusste C. Duisberg maßgeblich die Höhe des zu bewilligenden Jahresrats, der vornehmlich aus den Mitgliedsbeiträgen der Emil-Fischer-Gesellschaft bereitgestellt worden war. Die Beitragshöhe der Mitglieder betrug laut Vereinssatzung im Vierteljahr 30 Goldpfennig pro Angestellten oder Arbeiter einer Firma

20 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1152, Bl. 10. Bericht über die Sitzung des Verwaltungsausschusses und Verwaltungsrates.

21 Jedes Mitglied hatte zunächst eine Stimme. Hinzu traten Zusatzstimmen für einen voll bezahlten Mindestbeitrag. Für einen zehnfachen Mindestbetrag beispielsweise gab es bereits drei Zusatzstimmen.

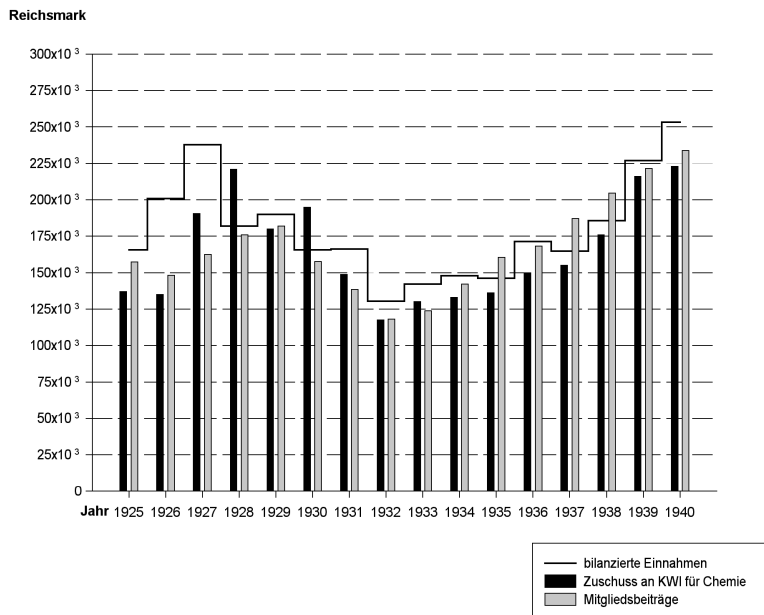
22 Unterzeichnete als Direktor der Act. Gesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin, die Gründungsurkunde der KWG. Übte in der Emil-Fischer-Gesellschaft und am KWI für Chemie bis 1929 die Funktion des Schatzmeisters aus.

23 Ebenso ein Mitbegründer der KWG.

24 A. von Weinberg wurde von F. ter Meer abgelöst.

(juristische Person) oder jedoch mindestens 40 Goldmark; natürliche Personen entrichteten einen Beitrag von mindestens 4 Goldmark. Die Goldmark diente von 1914 bis 1923, vor allem jedoch während der Hyperinflation, ebenfalls wie der Dollar, als Recheneinheit. Einem Dollar entsprachen 4,20 Goldmark. Eine Goldmark hatte das Äquivalent von einer Reichsmark, die 1924 nach einer entsprechenden Währungsreform eingeführt wurde. Die tatsächlichen Geldtransaktionen oder die Verwaltung der Konten erfolgte durch die Chemie-Treuhand GmbH, ab 1929 Chemie Revisions- und Treuhand GmbH. In den Gewinn- und Verlustrechnungen der Jahre 1927 - 1929 des KWI für Chemie, wird die Chemie-Treuhand und nicht die Emil-Fischer-Gesellschaft als Geldgeber bezeichnet. Beide sind jedoch identisch. Die Abbildung 1 verdeutlicht den Anteil der Emil-Fischer-Gesellschaft an der Förderung des Instituts.

Abbildung 1: *Die Emil-Fischer-Gesellschaft finanziert das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie*



Das Institut erhielt im Schnitt weit über 90 v. H. der eingezahlten Beiträge. Für den Zeitraum 1927 bis 1931 übersteigen die Zuschüsse an das KWI für Chemie erheblich die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge der Emil-Fischer-Gesellschaft.

Die zusätzlichen Geldmittel oder Sonderausgaben ergaben sich primär aus unvorhergesehenen Instandhaltungsmaßnahmen, aus unumgänglichen baulichen Veränderungen²⁵ und für unabdingbar gewordene wissenschaftlich-technische Ausrüstungen,²⁶ adäquat der Ausdehnung der Forschungsarbeiten. Hierunter waren weiterhin der Anstieg des Sachetats der jeweiligen Abteilungen sowie auch die Erhöhung des Personalbestandes und die damit verbundenen Personalkosten zu subsumieren. Die Emil-Fischer-Gesellschaft, um die Fortführung der Forschungsarbeiten am Institut bemüht, finanzierte die erforderlich gewordenen Ausgaben für 1927 zunächst durch außerordentliche Beitragszahlungen²⁷, später über eine Anleihe in Höhe von 51.500 RM bei der I. G. Farben²⁸, die nachträglich in eine Spende verwandelt wurde. Für das Bilanzjahr 1930 wurde der Gesellschaft ein weiterer Sonderzuschuss von der I. G. Farben in Höhe von 20.400 RM²⁹ überwiesen. Von der finanziellen Mehrleistung der I. G. Farben unbemerkt, zeigt die Grafik eindeutig, dass fast die gesamten Mitgliedsbeiträge der Emil-Fischer-Gesellschaft dem Institut von O. Hahn zur Verfügung gestellt worden waren. Der treppenförmige Graph hingegen markiert die bilanzierten Einnahmen des Instituts.³⁰ Für die Jahre 1926 und 1927 wurden darüber hinaus dem Institut größere Beträge von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und/oder dem Deutschen Reich³¹ zu Verfügung gestellt. Von diesen Besonderheiten abgesehen, erwies sich die ausschließliche Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge seit längerem als problematisch. Das Institut war ohnehin sehr häufig auf Sonderbewilligungen, Sonderzuschüsse und auch auf Sachspenden³² angewiesen. Obschon in

- 25 Das Institut brauchte unter anderem ein rekonstruiertes Radiumlaboratorium (Radiumhaus) mit entsprechenden Sicherheitsstandards für die stark wirkenden radioaktiven Substanzen. Kosten ca. 20.000 RM, finanziert durch I. G. Farben. Darüber hinaus verwaltete und lagerte das Institut alle radioaktiven Präparate die der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft gehörten, insofern diese nicht verliehen waren.
- 26 Benötigt wurde beispielsweise eine Röntgenanlage und diverse optische und mikroskopische Instrumente.
- 27 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1124, Bl. 19. Emil-Fischer-Gesellschaft. Niederschrift der 8. Hauptversammlung am Freitag, den 7. Dezember 1928.
- 28 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1124, Bl. 124. Bilanz per 31. Dezember 1929. Gewinn- und Verlustrechnung.
- 29 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1124, Bl. 123. Bilanz per 31. Dezember 1930. Gewinn- und Verlustrechnung.
- 30 Hierin sind nicht die Einsparungen des jeweiligen vorangegangenen Jahres enthalten. O. Hahn hatte jene immer als Einnahme (Übertrag) deklariert. Diese Überträge sind keine echten Einnahmen, da sie bereits vorangehend bilanziert worden waren.
- 31 Im Jahr 1927 spendierte die Reichsregierung dem Institut 40.000 RM für den Ankauf radioaktiver Substanzen. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Radiumkonto) für das gleiche Jahr weist einen ausgegebenen Betrag in Höhe von 34.000 RM aus.

der Hauptversammlung der Emil-Fischer-Gesellschaft eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in Betracht gezogen worden war, erschien dieser Schritt vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung für längere Zeit nicht opportun.³³ Das Säulendiagramm, vgl. Abbildung 1, verweist im Jahr der schweren Wirtschaftsdepression (1930) auf rapide sinkende Beiträge (Einnahmen). Ab dem Jahr 1933 oder mit dem Einsetzen eines leichten konjunkturellen Aufwindes, stiegen die Einnahmen durch eine Beitragserhöhung für die Mitglieder der Emil-Fischer-Gesellschaft sanft an, wie die Tabelle 1 dokumentiert.

Tabelle 1: *Zur Entwicklung der Mitglieder und der Beiträge der Emil-Fischer-Gesellschaft*

Jahr	1932	1933	1934
Mitglieder	56	54	53
Betrag (RM)	117.500	130.000	132.900

Nachdem eine Aufwärtsbewegung in den Einnahmen zu verzeichnen war, konnten seitens O. Hahn /L. Meitner erste Vorstöße in Richtung Finanzierung einer Protonenerzeugungsanlage für Kernzertrümmerungsversuche, in den Bilanzen als Hochspannungsanlage bezeichnet, unternommen werden. Im November 1934 gab A. von Weinberg für den Etat 1935 eine bedingte Zusage zur Ausgabe von 5.000 RM als erste Rate für diese Absicht, jedoch sollte noch die formelle Bewilligung durch den Verwaltungsausschuss abgewartet werden.³⁴

Eine zweites Projekt Hochspannungsanlage, durch einen Schöngeist mit der Bezeichnung „Minerva“ versehen, begann Anfang des Jahres 1941 erste Konturen anzunehmen. „Minerva“ benannte zum einen den Massivbau zur Aufnahme zweier Hochspannungsanlagen (geplant war eine 1,2 Mill. Volt-Anlage zur Erzeugung von Neutronen und ein Druckbandgenerator für 3,5 Mill. Volt zur Ge-

32 Beispielsweise stellte die Actien-Gesellschaft für Anilin-Produktion, bekannt auch als Agfa, mehrmals kostenlos photographische Platten und Filme zur Verfügung, die Deutsche Glasglühlicht-Auer-Gesellschaft schenkte 26 mg Radiothor (1927). Die I. G. Farben vergab verschiedentlich große Mengen organischer Lösungsmittel. Erwähnenswert sind 25 Tonnen Salzsäure und 5 Tonnen Ätznatron zum Aufschluss von 6.000 kg Radiumrückständen (1931). Ab 1933 lassen sich keine Sachmittelspenden mehr nachweisen.

33 Vor der Weltwirtschaftskrise benötigte die Volkswirtschaft Deutschlands zum einen große Geldkapitalmengen zu deren Modernisierung, die durch die Hyperinflation bedingt, zeitlich verzögert einsetzte. Zum anderen befand sich die deutsche Volkswirtschaft im Vorfeld des „Schwarzen Freitag“ bereits auf dem Weg in die Rezession.

34 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1151, Bl. 173 c. Haushaltsplan 1935. L. Meitner bekam 1936 eine zweite Rate von 5.000 und im Jahr 1937 eine Nachbewilligung von 2.000 RM für ihre Hochspannungsanlage.

winnung von energiereichen Teilchenstrahlen wie Protonen oder Neutronen). Allerdings waren hierfür Geldsummen³⁵ erforderlich, die von der Emil-Fischer-Gesellschaft nicht mehr zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Einnahmen durch Mitgliederbeiträge der Gesellschaft strebten zu diesem Zeitpunkt auf den Wert von rund 250.000 RM und waren jedoch noch weit entfernt von den Vorstellungen des Institutsdirektors. Zum anderen wurde so das Institutskonto bei dem Bankhaus Hardy & Co., Berlin, benannt, auf das die zusätzlichen Geldsummen für dieses Projekt via KWG-Konto flossen.³⁶ Die Deutsche Industriebank stellte einen Betrag „Für die bauliche Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie und Errichtung einer Hochspannungsanlage zur Fortsetzung der Versuche und Arbeiten für die Uran-Spaltung einmalig bis zu 200.000 RM“³⁷ in Aussicht. Die endgültige Bereitstellung und Vergabe des Betrages wurde vom Geldgeber an zwei Bedingungen geknüpft: Die Verwendung der Finanzen sollte einerseits durch die eigene Revisionsgesellschaft geprüft und andererseits mussten die Arbeits- und Gesamtfinanzierungspläne zugänglich gemacht werden. Alle absehbaren Kosten und deren Deckung waren offen zu legen. Von Seiten der Banker verständliche Forderungen. De facto war zu diesem Zeitpunkt die (vermeintliche) Gesamtfinanzierung von „Minerva“ keineswegs gesichert, so dass der geschäftsführende Vorstand der KWG in diesem Zusammenhang an den Generaldirektor der Deutschen Industriebank, W. Bötzkkes, formulierte: „Während der Kriegszeit wird die Durchführung der von Prof. Hahn angeregten Erweiterungsarbeiten kaum möglich sein, es sei denn, daß von Seiten der Wehrmacht ein dringendes Interesse daran zum Ausdruck gebracht wird“.³⁸ Die Wehrmacht, konkret das Reichsluftfahrtministerium (RLM)³⁹, war indessen daran interessiert. Das Ministerium stellte hierfür eine geplante Gesamtsumme von 320.000 RM in Aussicht.⁴⁰ Derweil erwies sich „Minerva“ als ein Fass ohne Boden. Wiewohl das

35 O. Hahn veranschlagte 520.000 RM, die jedoch nicht im geringsten ausreichen sollten.

36 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1151, ohne Blattangabe. Abschrift aus I D 3. Schreiben von E. Telschow an O. Hahn vom 22. Juni 1942. Ein direkter Zahlungsverkehr zwischen Geldgeber und dem Institut sollte nicht stattfinden.

37 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, ohne Blattangabe. Schreiben Deutsche Industriebank an die Generalverwaltung der KWG vom 13. Februar 1941.

38 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, ohne Blattangabe. Abschrift aus I D 3. Schreiben von E. Telschow an W. Bötzkkes vom 28. Mai 1941.

39 RLM und Heereswaffenamt finanzierten bereits seit 1939 die Abteilung Laboratorien mit Zuschüssen.

40 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, ohne Blattangabe. Schreiben von O. Hahn an A. Vögler vom 4. Mai 1943. 260.000 RM waren für die Bauten der Hochspannungsanlagen gedacht und 60.000 RM zum Bau einer 40 Meter langen Baracke für die Massenspektrographie.

Baugeschehen rasche Fortschritte⁴¹ machte und sich seinem Ende zuneigte, waren weitere Gelder vonnöten. „Um die beiden Bauten nun aber in wirklich betriebsfähigen Zustand zu versetzen, sind doch noch größere Mittel erforderlich“⁴², artikulierte O. Hahn. In summa sei ein weiterer Sonderzuschuss in Höhe von 200.000 RM unerlässlich. Daraufhin wandte sich der geschäftsführende Vorstand der KWG an den Reichsforschungsrat mit der Bitte, diesen einmaligen Zuschuss zu gewähren.⁴³ Allerdings sollten sich in der Perspektive (Geschäftsjahr 1944) auch die laufenden Ausgaben für Sach- und Personalmittel beträchtlich erhöhen: „Prof. Hahn würde es dankbar begrüßen, wenn Summen bis zu 100.000 RM gegeben würden.“⁴⁴ Der Jahresetat belief sich für 1943 auf 329.000 RM. Inwiefern nun diese geplanten Vorhaben im Detail realisiert werden konnten, geht aus den zur Verfügung stehenden Quellen nicht hervor. In Sonderheit betraf dies die wissenschaftlichen und technischen Ausrüstungen oder Versuchsapparaturen. Die letzte Nachricht datierte vom 19. Januar 1944⁴⁵ und bezog sich auf die Anforderung an die Generalverwaltung, die noch verbliebene Rate in Höhe von 50.000 RM von der Deutschen Industriebank an das Institut zu überweisen. Als sicher kann gelten, dass die Gebäude des Projektes wohl insgesamt fertig gestellt wurden und dass die massenspektrographischen Untersuchungen von J. Mattauch, der Nachfolger von L. Meitner, recht kostspielig waren. So kostete eine Zusatzapparatur rund 30.000 RM. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges war ein starker Anstieg der öffentlichen Finanzierung am KWI für Chemie zu verzeichnen. Wenngleich von staatlicher Seite absolut mehr Geld verausgabt worden war, blieb das Verhältnis von privater zur öffentlichen Finanzierung trotzdem annähernd gleich.

Die Tabelle 2 benennt die Förderer und deren Anteile.⁴⁶ Im Zeitraum 1924 bis 1943 wurden dem KWI nachweislich 4.250.000 RM zur Verfügung gestellt. Hier von entfielen auf die öffentliche Hand lediglich 357.000 RM. Diese Summe beschreibt einen Anteil an der Gesamtfinanzierung von 8,4 v. H. Der Finanzierungsumfang wurde neben den anfänglich erwähnten Quellen zusätzlich aus den

41 Bis Ende 1943 waren 150.000 RM in drei Raten für das Gebäude verwendet worden. Die erste erhielt O. Hahn im Sommer 1942.

42 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, ohne Blattangabe. Schreiben von O. Hahn an A. Vögler vom 4. Mai 1943. O. Hahn begründet die Zusatzkosten.

43 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, ohne Blattangabe. Abschrift aus I 926, Brief von E. Telschow an den Reichsforschungsrat vom 4. Mai 1943.

44 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, ohne Blattangabe. Aktennotiz W. Forstmann vom 18. März 1943. Betrifft: KWI für Chemie - Laufende Mittel für die Speer-Arbeiten.

45 Kurze Zeit später ist das Institut durch alliierte Bombenangriffe stark beschädigt worden.

46 Auf drei Stellen gerundet.

Tabelle 2: *Die Geldgeber des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie (in RM)*

1924/1932	total	v. H.	privat	v. H.	öffentlich	v. H.
Emil-Fischer-Gesellschaft	1.344.000	78,4	1.344.000			
Sonderbewilligung/Spenden der I. G. Farben	85.000	5,0	85.000			
Spenden anderer Unternehmen	84.000	4,9	84.000			
Deutsches Reich	40.000	2,3			40.000	
Zuschuss von Reich/Preußen ⁴⁷	87.000	5,1			87.000	
Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft	31.000	1,8	31.000			
Sonstige ⁴⁸	38.000	2,2	38.000			
KWG ⁴⁹	6.000	0,3	6.000			
	1.715.000	100,0	1.588.000	92,6	127.000	7,4

1933/1943	total	v. H.	privat	v. H.	öffentlich	v. H.
Emil-Fischer-Gesellschaft	2.073.000	81,8	2.073.000			
Heereswaffenamt/RLM	156.000	6,2			156.000	
Sonderbewilligung/Spenden ⁵⁰	17.000	0,7	17.000			
Zuschuss von Reich/Preußen	74.000	2,9			74.000	
KWG	2.000	0,1	2.000			
Sonstige	13.000	0,5	13.000			
Deutsche Industriebank	200.000	7,9	200.000			
	2.535.000	100,0	2.305.000	90,9	230.000	9,1

Berichten der Hauptversammlung der Emil-Fischer-Gesellschaft inhaltlich ihrer veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnungen rekonstruiert.⁵¹ Die verausgabten Beträge der Deutsche Industriebank entstammen anderen Quellen, da diese nicht als Institutsinnahmen geführt und demnach nicht als Institutsausgaben bi-

47 Der laufende Zuschuss wurde ab und an auch unter dem Titel KWG geführt. Hier jedoch einheitlich unter Reich/Preußen.

48 Einnahmen durch Mieten, Doktorandengebühren, Zinsen, u.ä.

49 Zuschüsse aus dem Privatvermögen der KWG.

50 Enthalten 5.000 RM (1933) eines ungenannt bleiben wollenden Spenders. Bemerkenswert soll, dass die Quellen lediglich zwei natürliche Personen als Spender benennen. Namentlich vergab A. von Weinberg rund 2.000 RM im Jahr 1931.

lanziert worden waren. Für das Jahr 1942 stand ein vorläufiger Jahresbericht, der im wesentlichen dem Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses entspricht, zur Verfügung. Der Haushaltsplan oder Voranschlag lieferte die Daten für das Jahr 1943.

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie - ein Forschungslabor der I. G. Farbenindustrie AG?

Obwohl unter dem Dach der KWG und auch von ihr verwaltet, war das Institut zuvörderst in Abhängigkeit von der Art der Finanzierung als eigene Rechtspersönlichkeit anzusehen. A. von Harnack deutete in einer Aussprache diese Konstellation an, indem er einräumte, dass, wenn sich die KWG stärker an der Finanzierung beteiligte,⁵² auch die Rechte und die Pflichten gegenüber dem Institut größer werden würden. Die Generalverwaltung hatte, wie weiter zu belegen sein wird, ein nur sehr eingeschränktes Weisungs- und Mitspracherecht gegenüber dem Direktor des KWI für Chemie. Der Institutsleiter war zunächst nur dem Verwaltungsausschuss und dem Verwaltungsrat des Instituts für Chemie betreffs der zu planenden Kosten und der tatsächlichen Ausgaben verantwortlich. Die erlassenen Vorschriften und Anordnungen seitens der KWG zur Prüfung des Rechnungswesens hingegen bezogen sich primär auf die öffentlich finanzierten Institute. Ab dem Frühjahr 1928 begannen sich zunehmend staatliche Stellen wie das Reichsministerium des Innern und das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dafür zu interessieren, welche Summen die Industrie für den Sach- und Personaletat für die von ihr unterhaltenen Institute bereitstellte. Die KWG war angehalten worden, diesem Ansinnen nachzukommen. So verschickte sie ein entsprechendes Formular gleichfalls an das KWI für Chemie und betonte: „Die Unterlagen werden vertraulich behandelt und dienen lediglich der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Material, um Anfragen beantworten zu können, ohne die Aufstellung im einzelnen mitzuteilen.“⁵³ Dass die KWG bis dato über keine näheren Daten verfügte, mochte eventuell auch daran liegen, dass die vom Bürodirektor der Generalverwaltung, F. Arndt, geprüften Gewinn- und Verlustrechnungen des Instituts nicht augenscheinlich in Sach-

51 Die ausgewiesenen Zuschüsse der Emil-Fischer-Gesellschaft sind in den Institutsbilanzsummen nachweisbar. In den Jahren 1927, 1932 und 1933 weichen die angegebenen Summen etwas von einander ab. Die Differenzen 1927 (+ 4.000 RM), 1932 (- 3.000 RM) und 1933 (+ 3.000 RM).

52 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1150, Bl. 39. Bericht über die Sitzung des Verwaltungsausschusses Dezember 1928. A. von Harnack hatte hier die Instandhaltung der Gebäude im Auge.

53 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1152, Bl. 42. Abschrift aus I D 1 – 1928/29, A. von Harnack an das KWI für Chemie vom 25. April 1928.

und Personalkosten differenziert worden waren. Die Bilanzierung nach dem normativen Vorgaben der KWG und die entsprechende Prüfung durch den Rechnungsrevisor der KWG, A. Schröder, fand am KWI für Chemie zum ersten Male über das Geschäftsjahr 1930 statt.⁵⁴ Der Sachetat der Abteilung O.Hahn / L. Meitner wurde allerdings noch keiner Prüfung unterzogen.

Die sukzessive Anwendung der Bestimmungen der Buch- und Rechnungsführung für die öffentlich finanzierten Institute auf das KWI für Chemie erfolgte jeweils in Absprache mit C. Duisberg als Ansprechpartner seitens der Generalverwaltung: „Auf Ihre Anfrage gestatte ich mir Ihnen mitzuteilen, dass von meiner Seite aus keine Bedenken bestehen, die regelmäßigen Revisionen **unseres** (Hervorgehoben vom Verfasser) Instituts in der gleichen Weise durchzuführen, wie das bei den anderen Instituten geschieht. Auch die spätere Nachprüfung der beanstandeten Punkte halte ich für richtig. Ich bitte Sie, nunmehr dem Direktor, Herrn Professor Dr. Hahn, den Revisionsbericht zur Kenntnis zu bringen und gleichzeitig zu veranlassen, dass das erwähnte Rundschreiben auch für das K. W. I. für Chemie zur Durchführung kommt.“⁵⁵ Ab dem Jahr 1933 wurde die Revision der Finanzströme ebenfalls auf die Sachkosten der Abteilung O. Hahn / L. Meitner ausgedehnt und desgleichen mit einem Bericht versehen.⁵⁶

Im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums⁵⁷ vom 07. April 1934 befürchtete O. Hahn aufgrund des jahrelangen Zuschusses von Seiten des Staates, in den vorhergehenden Bilanzen auch unter der Bezeichnung KWG, gleichartige Reaktionen wie zuvor am Institut für physikalische Chemie und sprach sich im Prüfungsbericht des Revisors gegen die Formulierung „Zuwendungen des Staates“ aus. F. Glum antwortete daraufhin: „Der Revisionsbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat an sich keine Bedeutung, da der Bericht nur für die Verwaltung der Institute und für die Generalverwaltung bestimmt ist. Die von Herrn Prof. Hahn befürchteten Konsequenzen halte

54 Eine Bilanz als Einnahmen- und Ausgabenrechnung nebst Vermögensübersicht liegt jedoch erst über das Geschäftsjahr 1931 vor.

55 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, Bl. 128. Schreiben von C. Duisberg an F. Glum vom 24. Mai 1933.

56 A. Schröder bestätigte anfänglich, dass O. Hahn / L. Meitner noch andere Zuschüsse verwalteten und über weitere Konten verfügten, die keiner Prüfung unterlagen. Die Quellen deuten jedoch in keiner Weise an, um welche Summen und um welche Geldgeber es sich hierbei handelte. Auf einem dieser Konten, dessen Zahlungsverkehr nicht der Prüfung unterlag, wurden jeweils die in den Sachkosten bilanzierten Geldsummen für die Hochspannungsanlage L. Meitners abgerechnet.

57 Betraf zuvörderst L. Meitner, die nicht „rein arischer Abstammung“ war. O. Hahn hatte sich C. Bosch mitgeteilt, der daraufhin an F. Glum schrieb. Mit dem Anschluss Österreichs veränderte sich jedoch die psychologische Situation L. Meitners gravierend.

ich übrigens nicht für gegeben,“ so der Generaldirektor der KWG weiter, „da das Institut ja nur einen kleinen Bruchteil seiner Mittel vom Staat bezieht und der Staat beim Berufsbeamtenengesetz diese Bestimmungen nur auf Institute angewendet hat, die mehr als 50% öffentliche Mittel beziehen“.⁵⁸ Das KWI für Chemie hatte von Seiten des NS-Staates eher keine Eingriffe und Einmischungen zu erwarten, wenn auch anfänglich solche Besorgnisse begründet waren.

Unter besonderer Berücksichtigung der personellen Verflechtungen leitender Mitarbeiter der Emil-Fischer-Gesellschaft und des Verwaltungsrates des KWI für Chemie durch Angehörige der I. G. Farben und unter Einbeziehung der ausgesprochen hohen Sonderleistungen des Konzerns, ist die obengenannte Hypothese zu bejahen. Anzuhängen bleibt, dass die I. G. Farben⁵⁹ unbeschränkt als größter Beitragszahler der Emil-Fischer-Gesellschaft, wie bereits bemerkt, gelten dürfte.

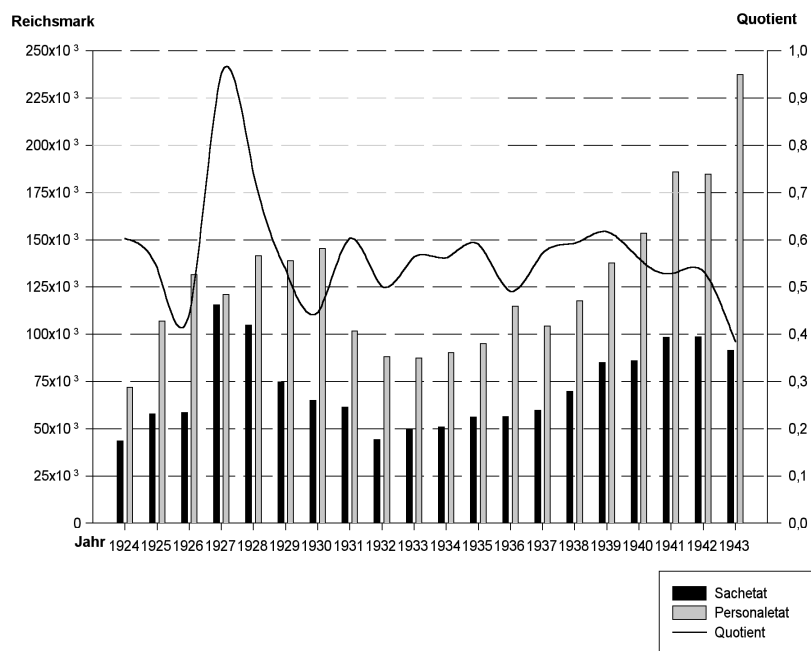
Die Abbildung 2 differenziert den jährlichen Haushalt des Instituts zum einen in *verkürzter Sach-* und Personaletat und zeigt zum anderen den hieraus resultierenden Quotienten (geglättete Kurve) und dessen Verlauf an.

Die starke Auslenkung der Kurve um 1927/28 kennzeichnet größere Investitionen (überwiegend Instandhaltungen und Erneuerungen im Radiumhaus). Der im Jahr 1931 stark abfallende Personaletat war vor allem mit dem Ausscheiden der Abteilung Hess aus dem Institut sowie durch Gehaltskürzungen verursacht und ist nicht auf Personalentlassungen zurückzuführen. Unter dem Gesichtspunkt der Bilanzierung verfügte diese Einrichtung nur noch über eine Abteilung. Ab diesem Zeitpunkt und bis zu Beginn der 1940er bewegt sich der Graph ausnahmslos auf einer Höhe zwischen 0,5 und 0,6. Die absoluten Werte steigen allmählich und im gleichen Verhältnis zu einander an. Ab 1941 verändert sich jedoch der Quotient zu Gunsten des Personaletats und sinkt auf 0,4 ab. In den verkürzten Sachkosten waren, wie eingangs erwähnt, nicht die Ausgaben für die Gebäudebauten inbegriffen. Der Quotient müsste unabhängig hiervon dennoch ansteigen, denn es kann angenommen werden, dass neben den Bauten auch wichtige wissenschaftlich-technischen Einrichtungen zu Beginn des Jahres 1944 installiert worden waren. Aus momentaner Sicht der Dinge liegen, wie zuvor angedeutet, die tatsächlichen Ausgaben, abgesehen vom Kostenvoranschlag (260.000 RM, Hochspannungsanlagen) und den Schätzungen für weiteres Inventar (200.000 RM) noch im Dunkeln. Berücksichtigt wurden jedoch nur die kalkulatorischen (zu bilanzierende) Kosten des Haushaltsplans für das Jahr 1943.

58 MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A Nr. 1153, Bl. 160. Antwortschreiben von F. Glum an C. Bosch vom 15. Oktober 1935.

59 Gegründet 1925 durch Zusammenschluss von BASF, Bayer, Hoechst, Agfa, der „Chem. Fabriken vorm. Weiler-ter-Meer“ und „Chem. Fabrik Griesheim-Elektron“.

Abbildung 2: *Das Verhältnis aus Sach- zum Personaletat am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie*



Die Gesamtfinanzierung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie

Diese Forschungseinrichtung wurde überwiegend öffentlich, das heißt durch den Staatshaushalt finanziert. Private Geldgeber spielten im Gesamtetat des Instituts eine untergeordnete Rolle. Ebenso Sachspenden wie Maschinen, Apparaturen und Bücher durch die Industrie. Strukturiert war das Institut ab 1923 in drei Abteilungen, die von den Herren H. Freundlich, R. Ladenburg und M. Polanyi geleitet wurden.

Ähnlich der Emil-Fischer-Gesellschaft gegenüber dem KWI für Chemie, hatte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die gleiche Funktion hinsichtlich des KWI für physikalische Chemie. Sie verwaltete, so sie der Träger des entsprechenden Instituts war, die den Einrichtungen zufließenden Mittel und legte Rechnung gegenüber dem Finanzausschuss. Zuwendungen von privater Seite waren der gleichen Prozedur unterworfen. Ebenso vergab die KWG Zuschüsse aus ihrem Privatver-

mögen. Weitere nennenswerte nichtöffentliche Geldsummen flossen an das Institut von der Koppel-Stiftung⁶⁰ (Investitionen, Instandhaltung), vom Haber-Stipendien-Fonds, von der Deutschen Notgemeinschaft der Wissenschaft (Sachmittel, Stipendien), von der Rockefeller-Foundation (Investitionen, Stipendien) und von der I. G. Farben, die kleinere Forschungsaufträge und nicht zweckgebundene Geldmittel vergeben hatte. Jene Zuwendungen von privater Seite, und hierin bestand eine Besonderheit, wurden analog den Zuschüssen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und/oder der Deutschen Forschungsgemeinschaft nur teilweise als Institutsinnahmen bilanziert.

Als öffentlich finanziertes Institut war es stärker dem formellen finanzbürokratischen Regelwerk ausgesetzt als das KWI für Chemie. Der genehmigte Gesamtetat des Instituts zum Beispiel, differenziert in Sach- und Personalkosten, galt aus der Sicht des Rechnungshofes generell als Dogma. Und die KWG wachte in diesem Sinne streng auf die Einhaltung der finanzrechtlichen Bestimmungen. Vor allem zu Zeiten, als der öffentliche Haushalt infolge der Weltwirtschaftskrise restriktiven Sparmaßnahmen unterworfen war. So waren selbst Verschiebungen zwischen dem Sach- und Personaletat oder innerhalb des Etatpostens ausdrücklich in einer Verfügung vom 15. Dezember 1931 untersagt worden.⁶¹ G. Jander und später P. A. Thiessen⁶², waren ebenfalls mit dieser Anordnung konfrontiert. Beiden ging es primär um eine entsprechende und angemessene Bezahlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter gegenüber der Industrie und den Hochschuleinrichtungen. Das durchschnittliche Monatseinkommen dieser Berufsgruppe betrug am Institut anfänglich etwa 150 RM monatlich. Um eventuellen Abwanderungen in besser dotierte Stellen abzufangen, erwies es sich im Laufe der Zeit als unumgänglich, eine den üblichen Tarifen entsprechende Einstufung vorzunehmen, die während der Probezeit vernachlässigt werden konnte. In diesem Kontext verwiesen G. Jander und P. A. Thiessen auf eine elastische Handhabung des Personaletats seitens der Institutsleitung.

60 Jährlich bis 1935 15.000 RM. In den Jahren 1933 und 1934 wurden diese Summen nicht an das Institut abgeführt.

61 MPG-Archiv, I. Abt. Rep 1A Nr. 1181, Bl. 66. Schreiben von F. Haber an M. Planck vom 16. Juni 1932.

62 P. A. Thiessen sprach sich in der Kuratoriumssitzung vom 19. Juni 1935 für eine Lockerung dieser Bestimmung auf. Ohnehin war er angehalten worden, die Bezüge von R. Mentzel, der gleichzeitig Referent im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung war, ab 01. April 1935 auf 11.000 RM anzuheben. Wenn der Personaletat hierfür nicht ausreicht, dann, so die Anweisung von F. Glum, solle die Differenz durch Einsparungen am Sachetat erwirtschaftet werden.

F. Haber plädierte bereits für die Aufhebung dieser Beschränkung hinsichtlich der frei gewordenen Personalmittel der Abteilung von R. Ladenburg⁶³, um jene zur Besoldung hoffnungsvoller wissenschaftlicher Nachwuchskandidaten zu verwenden. Die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses von Sach- und Personalkosten entsprechend den wissenschaftlichen Anforderungen war vor allem zu Beginn der 1930er Jahre ein nicht leicht zu lösendes Problem. Hinsichtlich des Personaletats verbargte sich hier die Schwierigkeit, und dies sei noch einmal hervorgehoben, qualifizierte Mitarbeiter in bestimmter Anzahl gleichfalls gebührend zu bezahlen, ohne den laufenden Sachetat bei der nächsten Haushaltsplanung merklich zu reduzieren. An seinem Institut finanzierte F. Haber über Stipendien, parallel zur Deutschen Notgemeinschaft, gesondert wissenschaftliches Personal, das außerdem am laufenden Sachetat zehrte. Dieser zur Verfügung stehende Sachetat mochte eventuell noch ausreichend sein. Indessen deutete sich das Problem langfristig an den fehlenden Mitteln für Sachinvestitionen an. Dem Institut mangelte es vorwiegend an modernen Apparaturen und optischen Messeinrichtungen. So waren amerikanische Gastwissenschaftler beispielsweise über die Schlichtheit und das Alter der technischen Ausrüstungen erstaunt, mit denen wissenschaftliche Untersuchungen betrieben worden waren.

L. H. Reyerson von der University of Minnesota, zu Gast in der Abteilung von H. Freundlich, vermittelte in diesem Zusammenhang den Kontakt zu L. W. Jones von der Rockefeller-Foundation, Außenstelle Paris. H. Freundlich beantragte daraufhin einen Sachkostenzuschuss von \$10.000. Er benötigte in seiner Abteilung vor allem eine Ultraschallwellenapparatur und verschiedene Spektrographen zur weiteren Erforschung kolloidchemischer Veränderungen durch Ultraschall. Die Kosten waren mit rund 33.500 RM erwogen worden.⁶⁴

Auch F. Haber nutzte Schritt für Schritt die entstandenen Kontakte zur Foundation und verhandelte ab Sommer 1931 mit L. W. Jones über die Finanzierung einer Hochspannungsanlage („600.000 volts high tension apparatus“) für H. Kallmann, mit einer Kostenkalkulation in Höhe von 20.000 RM. Jene Zuschüsse der Foundation waren allenfalls nützliche Hilfen in einer Zeit, in der auch der Sachetat um insgesamt bis zu 30 v. H. gekürzt worden war. Vor der Ku-

63 R. Ladenburg ging am 01. Oktober 1932 in die USA und die Abteilung wurde aufgelöst.

64 Die Rockefeller-Foundation bewilligte hierfür \$7.000 (rund 29.400 RM) im Dezember 1930. Davon erhielt der Antragsteller 1931 10.000 RM für die Bezahlung einer Hochfrequenzanlage. 1932 waren noch einmal 30.000 RM von der Rockefeller-Foundation gebucht worden. Als 1933 sukzessive das wissenschaftliche Personal entlassen wurde, erhielten H. Freundlich, F. Haber und H. Kallmann die mit Geldern der Foundation angeschafften Apparaturen mit einem Restbuchwert in Höhe von 18.900 RM ausgehändigt. Um welche Dinge es sich konkret handelte, geht aus den Bilanzen nicht hervor.

lisse umfassender Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt thematisierte F. Haber, wie eingangs erwähnt, das weitere Absenken des Sach- und Personaletats folgerichtig als Gefährdung des erreichten Forschungsstandes, der zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Bühne führen könne. P. A. Thiessen wird, fast ein Jahrzehnt später, nachdem ein bestimmtes Stadium in der Forschung erreicht wurde, ähnlich argumentieren: „...eine weitere Kürzung der staatlichen Zuschüsse zum Instituts-Etat (ist) ohne ernsthafte Gefährdung der Arbeiten des Instituts nicht mehr möglich.“⁶⁵

Staatlich finanziert, durfte das Institut offiziell keine Rücklagen und/oder kein Vermögen bilden. Es sei denn, private Geldgeber stellten entsprechende Summen für Rücklagen oder Fonds zur Verfügung. In diesem Sinne handelte F. Haber in einer finanziell sehr schwierigen Zeit wie die der Hyperinflation. Im Juli 1923 bildete er im Einvernehmen mit der KWG aus den Resten des Stiftungsvermögens von L. Koppel einen Notfonds.⁶⁶ Zu diesen Fonds wurden die Seminargebühren (Devisen) der ausländischen Institutsgäste hinzugefügt. Der Reservefonds war in den letzten Monaten des Jahres 1923 „...die einzige Quelle gewesen, aus der die Institutsausgaben gedeckt werden konnten, als die Mittel von seitens der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht flossen.“⁶⁷ Jene Kapitalanlage beinhaltete per 31. Mai 1933 französische und spanische Aktien im Kurswert von 14.200 RM. Die Entstehung einer weiteren Rücklage, des Depots (Konto) *separato*, vollzog sich ebenfalls in dieser Zeit und wurde in den Büchern des Instituts auch als Haber-Fonds⁶⁸ geführt. In diesen Fonds (gestreute Aktien) flossen alle Vergütungen, die F. Haber als Aufsichtsratsmitglied bei der I. G. Farben (Bayer, Leverkusen) und bei den Horchwerken (Berlin) erhielt. Bis zum Frühjahr 1933 waren summarisch rund 248.000 RM in Wertpapieren angelegt worden, wovon noch Aktien im Kurswert von ungefähr 100.000 RM per 31. März 1933 zur Verfügung standen. Ein dritter Fonds unter der Bezeichnung Depot (Konto) *ordinario*⁶⁹ war jedoch jüngeren Datums und hatte seinen Ursprung im Zeitraum 1929/30⁷⁰. Dieser

65 MPG-Archiv, I. Abt. Rep. 1A Nr. 1184, ohne Blattangabe, Schreiben von P. A. Thiessen an E. Telschow vom 04. Februar 1941.

66 Den Rest des Stiftungsvermögens erhielt das Bankhaus Medelssohn & Co. in Gestalt von 49 Châde-Aktien à 500 Pesetas.

67 MPG-Archiv, I. Abt. Rep. 1A Nr. 1170, Bl. 115. Brief von F. Haber an M. Planck vom 01. Juni 1933.

68 Der Generaldirektor der KWG formulierte in einem Dankschreiben an F. Haber: „... daß Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, nicht nur Ihre ganze Arbeitskraft dem Institut und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft widmen, sondern zugleich der einzige finanzielle Förderer Ihres Instituts neben Reich und Staat sind.“ MPG-Archiv, I. Abt. Rep. 1A Nr. 1162, Bl. 44.

69 Um dieses Guthaben und dessen Verfügungsgewalt entspann sich zwischen G. Jander und der KWG ein regelrechtes Tauziehen.

Sachverhalt bildete einen merkwürdigen Kontrast vor dem Hintergrund der angespannten Budgets und in einer Zeit, in der ausnahmslos geldliche Mittel spärlich flossen. In diesem Falle waren es wahrscheinlich, und das ist betont hypothetisch formuliert, Geldreserven der KWG, die geparkt werden sollten: „In Kürze gesagt“, formulierte F. Haber, „handelt es sich erstens um 120.420 RM bezeichnet Depot ordinario, die aus Zahlungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft stammen und auf Sparsamkeitsaufforderungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hin zurückgelegt worden sind.“⁷¹ In der KWG gingen bereits Ende 1929 ernsthafte Bedenken um, dass bei weiterer Verschlechterung der Haushaltslage eventuell die Generalverwaltung genötigt werde, auf ihre eisernen Privatbestände (Pensions- und Rentenfonds u.ä.) zurückzugreifen, um den notleidenden Instituten zu helfen.⁷² Anzuführen bleibt, dass G. Jander trotz intensiver Bemühungen keinen Zugriff auf das Depot (Konto) ordinario erhalten hatte, obschon er der Auffassung war, dass diese Wertpapiere Bestandteil des Institutsvermögens seien und demzufolge der Direktor nach eigenem Ermessen disponieren könne. Die Verfügungsberechtigung seitens des Instituts⁷³ ging allerdings schon am 02. Oktober 1933 auf die Generalverwaltung der KWG über. Zeichnungsberechtigte waren nunmehr F. Glum, M.L. von Cranach und E. Telschow. G. Jander hatte zwar für dieses Konto ebenfalls eine Verfügungsvollmacht, jedoch nicht für das Depot (Konto) separato, auf dem das Vermögen (Depot ordinario) des alten Instituts bereits ab November 1933 von der KWG verwaltet worden ist. Lediglich die Reste des Stiftungsfonds (14.200 RM) gingen in den Institutsbesitz über.

Das Jahr 1933 differenzierte gewissermaßen das Institut in alt und neu. Das Adjektiv neu wurde hinsichtlich der Institutsleitung inhaltlich Personalbestand, einer erweiterten Abteilungsstruktur sowie im Sinne sogenannter staatswichtiger Forschungsarbeiten benützt, die spätestens ab 1935 durchgeführt worden sind. Eine Zeit lang bestanden folgende Hauptabteilungen:

- G. Jander (anorganische Chemie)
- P. A. Thiessen (physikalische und Elektrochemie)
- R. Mentzel (anorganische und angewandte Chemie)
- H. C. Stuhlmann (technische Chemie)
- E. Jenckel (Kunststoffabteilung, bis 1941)

70 Betraf Einsparungen beim „Sächlichen Sonderfonds für 5 Jahre“ aus Mitteln der KWG sowie Ersparnisse aus dem laufenden Sachetat des Jahres 1932.

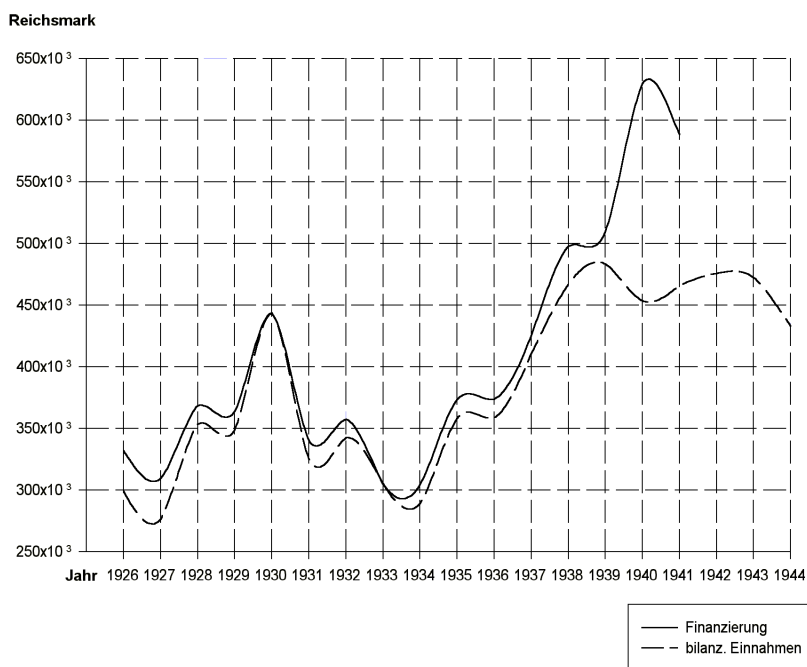
71 MPG-Archiv, I. Abt. Rep. 1A Nr. 1170, Bl. 115. Brief von F. Haber an M. Planck vom 01. Juni 1933.

72 MPG-Archiv, I. Abt. Rep. 1A Nr. 1162, Bl. 60. Brief von F. Glum an F. Haber vom 26. November 1929.

73 Unterschriftsberechtigt waren neben F. Haber H. Kallmann, H. Freundlich und F. Epstein.

Der Begriff „staatswichtig“ wurde später durch den Ausdruck „kriegswichtig“ ersetzt. Die Kriegswichtigkeit hatte wiederum verschiedene Dringlichkeitsstufen für Wehrmachtsarbeiten. Dem Institut wurde für diese oder jene Aufgabe die höchste Dringlichkeitsstufe „SS“ zuerkannt und somit der uneingeschränkten Finanzierung einiger Forschungsthemen eine gewisse Priorität eingeräumt. Eine Folge, die mit dem Einspannen aller verfügbaren Ressourcen für die Kriegsführung, vor allem ab 1941, zusammenhing. Die Abbildung 3 demonstriert diese Entwicklung.

Abbildung 3: *Die Gesamtfinanzierung und die bilanzierten Einnahmen am Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie als Grafik*



Die zur Verfügung stehenden Quellen benannten ab dem Jahr 1942 keine zusätzlichen oder nichtbilanzierten Zuschüsse. Mit großer Sicherheit kann aber angenommen werden, dass, wie der Kurvenverlauf andeutet, jene stark zurückgefahren wurden. Für die Jahre, in denen die Kurven kongruent waren, liegen keine weiteren Daten zur Gesamtfinanzierung vor. Zu den bilanzierten Einnahmen bleibt anzufügen, dass für die Jahre 1926 - 1927 und 1934 - 1940 das Direktorengeloh nicht als Einnahme ausgewiesen worden war.

Als offizielles Rücktrittsdatum von F. Haber, jedenfalls vom Gesichtspunkt der Rechnungs- und Buchführung, galt der 31. Oktober 1933.⁷⁴ Bis zu diesem Zeitpunkt war nach und nach auch die Abwicklung, um einen zeitgemäßen Begriff zu verwenden, des gesamten wissenschaftlichen Personals erfolgt. Der kommissarische Direktor, G. Jander, übernahm ab Mitte Oktober die Amtsgeschäfte. Es wurde sogleich begonnen, das Institut baulich zu erneuern. Wegen „dringender staatsnotwendiger Aufgaben“, wie häufig formuliert wurde. Eine Ausdrucksweise, die auch zur Begründung für die außerplanmäßig entstandenen hohen Kosten diente. Entsprechend den Vorstellungen der neuen Geldgeber, wie des Reichswehrministeriums (RWM), war auch der alte Chlorraum zu reaktivieren und zu modernisieren.⁷⁵ Vorgesehen war eine neue Entlüftungsanlage (Exhaustor), bestückt mit Filtern der Auer-Gesellschaft und die hermetische Abriegelung des Gasraumes mittels Schleuse, „damit die scharfen Gase aus diesem Raum nicht nach der Maschinenhalle dringen und dort die Metallteile der Anlagen angreifen können“.⁷⁶ Darüber hinaus waren jedes Labor mit einer Verdunklung sowie die Büroräume und Treppenflure etc. mit lichtdichten Vorhängen auszustatten. Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang, dass in den Einnahmen- und Ausgabenrechnungen ab dem Jahre 1934 die neue Kostenstelle für Versuchstiere registriert wurde. Die zusätzlichen Ausgaben der Umbauten und für die teilweise Erneuerung des Instituts beliefen sich im März 1934 bereits auf ca. 159.000 RM. Das Reichswehrministerium übernahm, nachdem die KWG eine Verwendung des Haber-Fonds hierfür ablehnte, die kalkulatorischen Kosten in Höhe von 123.000 RM. Das Defizit deckte die KWG, indem sie an das Institut eine Art Darlehen vergab. Mit der „neuen“ Zeitrechnung waren öfters Mahnungen und Zahlungsaufforderungen zu verzeichnen, die aber wohl eher der Generalverwaltung der KWG als dem Institut galten.

Unter der Leitung von P. A. Thiessen erfolgten weitere und größere Sachinvestitionen. Im Jahr 1938 wurden die Akkumulatoren für das Röntgenhaus, die verschlissen und seit längerem ein Sorgenkind waren, durch röhrengeregelte Umformersätze⁷⁷ ausgetauscht. Sie garantierten eine sehr konstante Gleichspannung bei

74 F. Haber hatte jedoch seinen Rücktritt zum 01. Oktober 1933 erklärt. O. Hahn nahm vorübergehend die Leitung bis zu G. Janders Eintreffen wahr.

75 Die Kuratoriumssitzung vom 07. Juli 1933 beschloss eine Anfrage an das Reichswehrministerium, ob nicht die Ergebnisse von F. Haber auf dem Gebiet der Gaskampfstoffe aus Kriegszeiten vom Ministerium übernommen werden können, die derzeit verschlossen in der Bibliothek lagerten. Das Protokoll dieser Sitzung vermerkte ebenfalls, dass dieses Ministerium eine Weiterbeschäftigung des „nicht-arischen“ wissenschaftlichen Personals abgelehnt hatte.

76 MPG-Archiv, I. Abt. Rep. 1A Nr. 1210 Bl. 150. Schreiben vom Architekten der KWG, G. Schrank, an E. Telschow vom 6. Mai 1935.

niedrigen Betriebskosten und verfügte über eine bedeutend längere Lebensdauer. Ein ehrgeiziges Projekt verbarg sich hinter dem Bau des neuen Röntgenlaboratoriums für P. A. Thiessen, das nach zweijähriger Bauzeit im April 1939 fertiggestellt werden konnte. Die Kosten, die sich auf 656.000 RM beliefen, verschlangen alle Reserven⁷⁸ der KWG. Wenngleich E. Telschow hinsichtlich der Belastungen Bedenken angemeldet hatte, befürwortete C. Bosch die Weiterführung des Neubaus, indem die KWG die Vorfinanzierung übernehmen sollte.⁷⁹ Insgesamt fehlte aber dennoch ein Betrag in Höhe von 184.000 RM für apparate-technischen Einrichtungen (Hochspannungs- und Experimentieranlage, hierin war noch nicht die benötigte Gleichspannungsanlage enthalten). Wie prekär nach diesem Kraftakt die finanzielle Situation des Instituts und der KWG geworden war, belegen die Bemühungen der Generalverwaltung, die von Siemens & Halske gelieferte Experimentieranlage und die Begleichung der offenen Rechnung in Höhe von 58.000 RM zu stunden oder gar in eine Schenkung umzuwandeln.

Nach längeren Verhandlungen mit einem neuen Geldgeber, dem Reichswirtschaftsministerium (RWiM), erhielt das Institut einen weiteren Kredit in Höhe von 120.000 RM, wovon allerdings nur 49.600 RM in Anspruch genommen worden waren. Fortan hatte das Institut ein Treuhandinventar, ausgewiesen im Anlagevermögen.⁸⁰ Ansonsten beliefen sich die Verbindlichkeiten des Instituts gegenüber Dritten in der Vermögensübersicht vom 31. März 1945 auf rund 350.000 RM.⁸¹ In der Tabelle 3 sind die Geldgeber und deren Anteile an der Wissenschaftsförderung aufgelistet. Im abgehandelten Zeitabschnitt wurden 7.339.000 RM seitens der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt. Von privater Seite konnten 798.000 RM, das entspricht 10 v. H., nachgewiesen werden. Die Gesamtfinanzierung belief sich auf 8.137.000 RM. Davon waren rund 740.000 RM nicht bilanzierte Geldbeträge. Jene setzen sich wie folgt zusammen: aus den Stipendien des Haber-Fonds, überwiegend aus den Beiträgen der Koppel-Stiftung, aus den gesamten Geldsummen vom Heereswaffenamt, aus den kompletten Zuwendungen des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau⁸², teilweise aus den

77 Finanziert aus Generalfonds der KWG und daher nicht bilanziert. Kosten: 46.000 RM.

78 Die KWG finanzierte 450.000 RM, wovon dem Haber-Fonds 400.000 RM entnommen worden sind.

79 MPG-Archiv, I. Abt. Rep. 1A Nr.1210 Bl. 188. Aktennotiz von E. Telschow am 13. 12. 1938.

80 Entsprechend den Vereinbarungen, blieben die vom RWiM finanzierten Ausrüstungen in dessen Eigentum.

81 Es könnte sich um die von der KWG getätigte Vorfinanzierung des neuen Röntgenlaboratoriums, abzüglich Ratentilgung handeln.

82 Finanzierte in der Hauptsache die Kunststoffabteilung von E. Jenckel. Ab 1939 auch als Gastabteilung bezeichnet. 1941 wurde diese verlegt bzw. aufgelöst.

Tabelle 3: *Die Geldgeber des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie (in RM)*

1926/1932	Total	v. H.	öffentlich	v. H.	privat	v. H.
Reich/Preußen	2.227.000	85,0	2.227.000			
Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft	87.000	3,3			87.000	
Haberstipendien	105.000	4,0			105.000	
Koppel-Stiftung	98.000	3,7			98.000	
Sonstige ⁸³	65.000	2,5			65.000	
Rockefellerfoundation	40.000	1,5			40.000	
	2.622.000	100,0	2.227.000	85,0	395.000	15,0

1933/1944	Total	v. H.	öffentlich	v. H.	privat	v. H.
Reich/Preußen	4.658.000	84,5	4.658.000			
Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft	19.000	0,3			19.000	
Reichswehrministerium	123.000	2,2	123.000			
Heereswaffenamt/Oberkommando des Heeres	161.000	2,9	161.000			
Reichsamt für Wirtschaftsausbau	160.000	2,9	160.000			
Industrie	160.000	2,9			160.000	
Deutsche Forschungsgemeinschaft	121.000	2,2			121.000	
Rockefellerfoundation	9.000	0,2			9.000	
Verein Deutscher Ingenieure	8.000	0,1			8.000	
Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe	10.000	0,2	10.000			
Sonstige	86.000	1,6			86.000	
	5.515.000	100,0	5.112.000	92,3	403.000	7,7

Zuschüssen der I. G. Farben, aus den Beihilfen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und aus Zuwendungen verschiedener Ministerien (Direktorengehalt, rund 15.000 RM/Jahr).

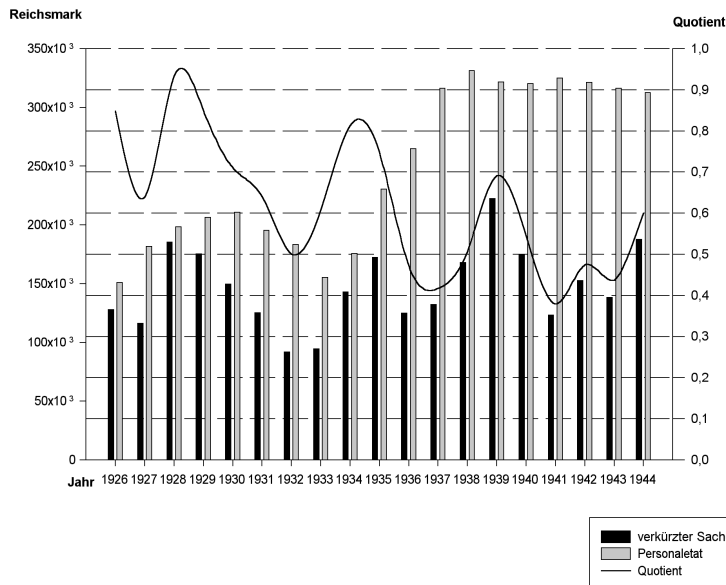
Es ist jedoch davon auszugehen, dass die rekonstruierte Summe der nicht bilanzierten Geldmittel eher zu niedrig ist. Denn für das Jahr 1935 liegen lediglich

83 Zinsen, Kursgewinn auf Wertpapiere, Mieten etc.

Hinweise, jedoch keine genannten Beträge, zur Teilfinanzierung dreier Abteilungsleiter durch andere Stellen vor. Das Oberkommando des Heeres (OKH) vergab spätestens ab diesem Zeitpunkt Zuwendungen in nicht nachweisbarer Höhe an das Institut. Konkrete Summen vom Oberkommando des Heeres oder Heereswaffenamt wurden indessen zum ersten Male 1938/39 benannt.

Der Institutshaushalt, *verkürzter Sach-* und *Personaletat* (gruppiertes Säulendiagramm) und der hieraus resultierende Quotient (Kurve) wird durch die Abbildung 4 dokumentiert.

Abbildung 4: *Das Verhältnis aus Sach- zum Personaletat am Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie*



Analog zum KWI für Chemie verringern sich zu Beginn der 1930er Jahre ebenfalls die absoluten Werte (Sach- und Personaletat). Der verkürzte Sachetat enthält zuzüglich die Summen aus dem General- oder Zentralfonds der KWG (Einrichtungs- und wissenschaftliches Inventar) sowie die Kosten des Treuhandinventars (Reichswirtschaftsministerium), die ansonsten nicht im Sachetat des Instituts ausgewiesen worden waren.⁸⁴ Die ab Mitte der 1930er ansteigende Kurve ist den

84 Die Ausgaben für das neue Röntgenlaboratorium (Gebäude und Hörsaal) wurden in den verkürzten Sachkosten nicht berücksichtigt.

Zugängen aus dem Apparatfonds⁸⁵ des Instituts geschuldet. Hierunter eine Drehstromhochspannungsanlage, deren Gegenwert auf rund 16.000 RM beziffert worden ist.

Dennoch zeigt der Quotient, vgl. Abbildung 4, insgesamt eine fallende Tendenz an - das Verhältnis verschob sich zugunsten des Personaletats. Die Personalkosten stiegen zunächst durch die Zunahme der Belegschaft vor allem ab dem Jahr 1937. Die Gefolgschaft erhöhte sich von 77 auf 98 und kletterte dann mit Kriegsbeginn auf den Bestand von 105 Mitarbeitern. Die Erhöhung der Personalausgaben ist gleichwohl auf gesetzliche Bestimmungen zur Stimulierung der Familien, wie jene zur Förderung der Jung-Ehen, den Zulagen für Ehepaare und auf Kinderzuschläge zurückzuführen. Ab 1938 erreichten die Aufwendungen für Personal ein relativ konstantes Niveau, obwohl vorübergehend mit Kriegsbeginn verschiedene Mitarbeiter zur Wehrmacht einberufen worden waren. Im ersten Kriegsjahr betraf der Kriegsdienst 16 und ein Jahr später 11 Angehörige der Forschungsanstalt. Für die zeitweilig zur Wehrmacht einberufenen Mitarbeiter zahlte das Institut nicht die vollständigen Gehälter. Entsprechend der familiären Situation wurden deren BruttoBezüge um 6, 10 oder um 20 v. H. gekürzt. Anstelle der Einberufenen, in der Hauptsache handelte es sich um wissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiter, wurden ersatzweise neue Arbeitskräfte eingestellt (Angestellte/Lohnempfänger). Ab 1942 wurde aber dieser Trend wieder umgekehrt. Einsparungen im Personaletat erfolgten hiernach keine. Die Abbildung 5 verdeutlicht diesen Sachverhalt in den Finanzausgaben für wissenschaftliches Hilfspersonal in den Bilanzen (Titel B2) sowie für Angestellte und Lohnempfänger (Titel B3).

Abschlussbetrachtung

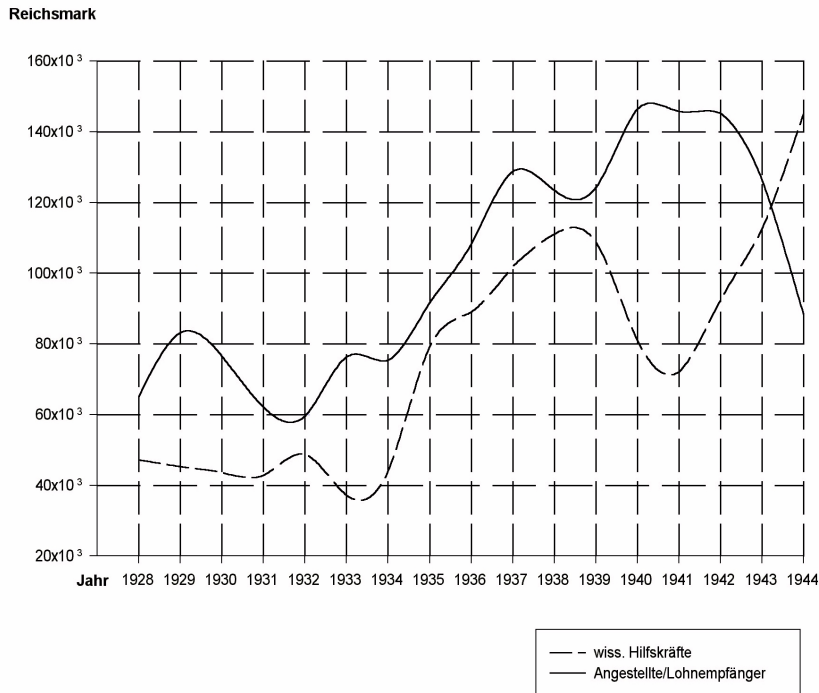
Diese vergleichende Studie zur Wissenschaftsfinanzierung unter der Beachtung des Verhältnisses von Sach- zum Personaletat am KWI für Chemie sowie am KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie folgt den Aufgabenstellungen:

- Die Rekonstruktion der kompletten Finanzströme entsprechend der Quellenlage.
- Die genauere Bestimmung des Sachetats als sogenannter *verkürzter Sachetat*.
- Der hieraus folgende Quotient als komparative Größe.

Die Quellen, Bilanzen und Berichte über den Rechnungsabschluss, verweisen auf keine geheimen Titel oder ominöse Bankverbindungen, obschon anfänglich in den Berichten des Rechnungsrevisors der KWG von Konten bei O. Hahn /

85 Rückerstattung aus dem Generalfonds der KWG für angeschaffte Apparaturen (30.000 RM) aus laufenden Mitteln des Instituts im Jahre 1933.

Abbildung 5: *Ausgaben für Personal am Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie*



L. Meitner, die nicht der Kontrolle unterlagen, die Rede war. Ähnliches betraf die Teilfinanzierung wissenschaftlichen Personals am Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie ab 1934/35. Um welche Geldbeträge es sich hierbei handelte, ließ sich nicht erhellern, so dass allenfalls viel Raum zum Spekulieren bleibt. Wird jedoch berücksichtigt, dass die Förderung der Wissenschaften an diesen beiden Instituten ein sehr holpriger Weg war, dürfte sich die Höhe jener ungenannt gebliebenen Summen für Personal- und Sachmittel sehr in Grenzen halten. Am KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie vollzog sich der Wechsel entgegen den ursprünglichen Gründungsvisionen zu einem ausschließlich öffentlich finanzierten Institut, hingegen das KWI für Chemie eine durchweg private Stiftung geblieben war.

Der Quotient ist unter Berücksichtigung der absoluten Werte ein Indikator für Forschungsgebiete mit einem großen Einsatz an wissenschaftlich-technischen

Ausrüstungen. Eine unbedingte Erhöhung des Quotienten ist jedoch nur im Zusammenhang mit dem Ansteigen der Sach- und Personalausgaben zu verzeichnen, wobei der Sachetat temporär ein größeres Wachstum aufweisen muss. Für das Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie gilt, dass der Quotient fallend war. Dieser Sachverhalt deutet an, dass an diesem Institut, im Gegensatz zum KWI für Chemie, keine apparate-technisch aufwendige Grundlagenforschung betrieben und/oder spätestens zu Beginn der 1940er nicht weiter verfolgt worden war.

Gesellschaft für
Wissenschaftsforschung



Heinrich Parthey,
Günter Spur (Hrsg.)

**Wissenschaft
und
Innovation**

Wissenschaftsforschung
Jahrbuch 2001

Sonderdruck

Mit Beiträgen von:

*Wolfgang Biedermann • Manfred Bonitz •
Werner Ebeling • Klaus Fuchs-Kittowski •
Siegfried Greif • Christoph Grenzmann •
Horst Kant • Mathias Köbel •
Rüdiger Marquardt • Heinrich Parthey •
Andrea Scharnhorst • Tankred Schewe •
Günter Spur • Walther Umstätter*

Wissenschaftsforschung
Jahrbuch **2001**

Wissenschaft und Innovation:

Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2001 / Heinrich Parthey; Günter Spur (Hrsg.). Mit Beiträgen von Wolfgang Biedermann ... - Berlin: Gesellschaft für Wissenschaftsforschung 2002.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.

Jede kommerzielle Verwertung ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in Systeme(n) der elektronischen Datenverarbeitung.

© Gesellschaft für Wissenschaftsforschung,
1. Auflage 2002
Alle Rechte vorbehalten.

Verlag:
Gesellschaft für Wissenschaftsforschung
c/o Prof. Dr. Walther Umstätter, Institut für
Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu
Berlin, Dorotheenstr. 26, D-10099 Berlin

Druck: BOOKS on DEMAND GmbH,
Gutenbergring, D-22848 Norderstet

ISBN 3-934682-35-9

Preis 15,80 €

Jahrbücher Wissenschaftsforschung

Wissenschaftsforschung: Jahrbuch 1994/95.

Hrsg. v. Hubert Laitko, Heinrich Parthey u. Jutta Petersdorf. Mit Beiträgen von Siegfried Greif, Günter Hartung, Frank Havemann, Horst Kant, Hubert Laitko, Karlheinz Lüdtke, Renate Müller, Heinrich Parthey u. Manfred Wölfling. Marburg: BdWi – Verlag 1996. 306 Seiten (ISBN 3-924684-49-6) 39,80 DM

Wissenschaftsforschung: Jahrbuch 1996/97.

Hrsg. v. Siegfried Greif, Hubert Laitko u. Heinrich Parthey. Mit Beiträgen von Siegfried Greif, Christoph Grenzmann, Claudia Hermann, Gunter Kayser, Karlheinz Lüdtke, Werner Meske, Heinrich Parthey, Roland Wagner-Döbler, Manfred Wölfling u. Regine Zott. Marburg: BdWi – Verlag 1998. 254 Seiten (ISBN 3-924684-85-5) 38,00 DM

Wissenschaft und Digitale Bibliothek: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 1998.

Hrsg. v. Klaus Fuchs-Kittowski, Hubert Laitko, Heinrich Parthey u. Walther Umstätter. Mit Beiträgen von Manfred Bonitz, Klaus Fuchs-Kittowski, Siegfried Greif, Frank Havemann, Horst Kant, Hubert Laitko, Karlheinz Lüdtke, Heinrich Parthey, Wolfgang Stock, Walther Umstätter, Roland Wagner-Döbler, Petra Werner u. Regine Zott. Berlin: GeWif 2000. 368 Seiten. (ISBN 3-934682-30-8) 38,00 DM

Wissenschaft und Innovation: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 1999.

Hrsg. v. Siegfried Greif u. Manfred Wölfling. Mit Beiträgen von Siegfried Greif, Christoph Grenzmann, Hans-Eduard Hauser, Frank Havemann, Gunter Kayser, Andrea Scharnhorst, Roland Wagner-Döbler, Manfred Wölfling u. Janos Wolf. Berlin: GeWif 2001. 227 Seiten. (ISBN 3-934682-33-2) 13,00 €

Organisationsinformatik und Digitale Bibliothek in der Wissenschaft: Wissenschaftsforschung Jahrbuch 2000.

Hrsg. v. Klaus Fuchs-Kittowski, Heinrich Parthey, Walther Umstätter u. Roland Wagner-Döbler. Mit Beiträgen von Manfred Bonitz, Christian Dahme, Klaus Fuchs-Kittowski, Frank Havemann, Heinrich Parthey, Andrea Scharnhorst, Walther Umstätter u. Roland Wagner-Döbler. Berlin: GeWif 2001. 239 Seiten. (ISBN 3-934682-34-0) 14,00 €

Inhaltsverzeichnisse der Jahrbücher Wissenschaftsforschung im Internet:
www.wissenschaftsforschung.de